

Offener Brief

An die Bundesministerin und die Bundesminister
der Ressorts Auswärtiges Amt, BMF, BMWi, BMZ, BMU, BMAS
und des Kanzleramts

Berlin, 31.03.2020

Dringender Handlungsbedarf zum Schutz von gemeinwohlorientierten Organisationen in Corona-Krisenzeiten

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, sehr geehrte Herren Bundesminister,

die aktuelle Corona-Krise stellt alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens vor ungeahnte Herausforderungen. Wir begrüßen daher, dass neben den umfassenden Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung Wirtschaftshilfen zur Bewältigung der Folgen des Coronavirus von der Bundesregierung angekündigt wurden.

Neben Hilfen für private Unternehmen und freiberufliche Akteure sind in diesem Zusammenhang auch gezielte Maßnahmen zur Unterstützung gemeinwohlorientierter Organisationen und Verbände notwendig. Die Berücksichtigung der Freien Wohlfahrtspflege im Corona-Rettungspaket war diesbezüglich ein erster wichtiger Schritt. Doch die Krise wird insbesondere kleinere zivilgesellschaftliche Organisationen, die nicht über eine ausreichende Liquidität verfügen oder in hohem Maße von Projektmitteln abhängig sind, in ihrer Existenz bedrohen. Zu den zentralen Herausforderungen gehört dabei, dass Projektmittel in der Regel keinen Aufbau finanzieller Rücklagen ermöglichen, Spenden und Fördermittel von Unternehmen und Stiftungen wegbrechen oder Projektförderungen an aktuell nicht realisierbare Projektergebnisse gekoppelt sind.

Wir appellieren daher an Sie, sich für ein Bund-Länder-Hilfsprogramm für gemeinwohlorientierte Nichtregierungsorganisationen einzusetzen, das mit Blick auf Projektfinanzierungen folgende Zielvorgaben beinhaltet:

- Flexible Anpassungen hinsichtlich Projektlaufzeiten, Personalkosten, Projektmitteln und Verwendungsnachweisen bei bestehenden Fördervereinbarungen zwischen staatlichen Stellen und gemeinnützigen Organisationen.
- Unbürokratische und unkomplizierte Umwidmungen von Projektgeldern bei bestehenden Fördervereinbarungen, z.B. beim Umstellen von Veranstaltungen auf digitale bzw. Online-Angebote.
- Verzicht auf Rückforderungen von Projektgeldern bei Corona-bedingten Ausfällen von Veranstaltungen oder anderen Aktivitäten.
- Nachträgliche Erhöhung der Zuschussanteile bei Ausfall vorgesehener Eigenleistungen z.B. bei Spendeneinbrüchen.
- Sicherstellung einer Kernfinanzierung, die es zivilgesellschaftlichen Akteuren erlaubt, ihre Infrastruktur zu erhalten.

In Bezug auf die vom Bundestag beschlossenen wirtschaftlichen Hilfen muss schnell sichergestellt werden, dass auch zivilgesellschaftliche Organisationen Zugang hierzu haben. Wichtig sind dabei insbesondere folgende Maßnahmen:

- Erstattung von Lohnfortzahlungen des Arbeitgebers bei Schul- und Kitaschließungen mit klaren Kriterien, wer anspruchsberechtigt ist.
- Bereitstellung von Kurzarbeitergeld und Kriterien, wie dieses für gemeinnützige Organisationen umgesetzt werden kann, da die Einnahmen nicht von der Auftragslage, sondern von wegbrechenden privaten und öffentlichen Zuwendungen abhängig sind.
- Einführung von Liquiditätshilfen analog denen für Unternehmen.
- Einrichtung eines Notfallfonds (nicht rückzahlbare Zuschüsse).

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, sehr geehrte Herren Bundesminister, unsere Mitgliedsorganisationen setzen sich auch in diesen schwierigen Zeiten tagtäglich für das Gemeinwohl ein, ihr bürgerschaftliches Engagement hält das Land vielfältig und lebenswert. Wir bitten Sie daher, sich für ein starkes zivilgesellschaftliches Hilfsprogramm von Bund und Ländern auszusprechen, um die Handlungsmöglichkeiten gemeinwohlorientierter Verbände auch in Zukunft sicherzustellen.

Für Rückfragen und einen vertiefenden Dialog zu den weiteren Maßnahmen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR



Dr. Christiane Averbek
Geschäftsführerin
Klima-Allianz Deutschland



Dr. Bernd Bornhorst
Vorstandsvorsitzender
VENRO